



## >> NEWSLETTER AUS MADRID

### >> *Angst vor Anschlägen in Spanien nimmt zu*

Seit dem von der ETA offiziell verkündeten Ende der Waffenruhe sind im Umfeld der baskischen Terrororganisation verstärkte Aktivitäten festzustellen. So entdeckte die spanische Polizei von Ayamonte bei Huelva an der Grenze zu Portugal rund 130 Kilogramm Sprengstoff in einem verlassenen Auto. Ferner befanden sich Zündmittel, ein Laptop sowie eine Anleitung zur Bombenherstellung auf Baskisch im Auto. Bei dem Fahrzeug handelte es sich um ein gestohlenen Mietauto aus Portugal mit gefälschten Kennzeichen. Die so genannten „Ettarras“,



Terroristen der ETA, hatten den Wagen hastig am Straßenrand abgestellt und die Flucht ergriffen, als sie eine Polizeikontrolle vor ihnen befürchteten. Bei der Kontrolle handelte es sich allerdings um einen Einsatz der spanischen Umweltpolizei, die die unerlaubte Einfuhr von Pflanzen überprüfen sollte. Die nationale Polizei, die Guardia Civil, geht davon aus, dass eine Kommandoeinheit der ETA den Sprengstoff zu einem Tatort zum Zweck eines geplanten Attentates überführen sollte.

Gegenwärtig gelten die Hauptstadt Madrid und Valencia als Austragungsort des internationalen Segelwettbewerbes „America's Cup“ als Hauptanschlagsorte für ETA-Attentate. Inzwischen sind in diesen zwei Städten besondere Sicherheitsvorkehrungen eingeleitet worden. Die Angst in Spanien vor einem erneuten Anschlag wächst ebenso in den Tourismuszentren, in denen Sicherheit schwerer durchzusetzen ist. Da in dem verlassenen Auto ein Stadtplan von Sevilla gefunden wurde, wird mit Anschlägen in Andalusien gerechnet.

Das spanische Innenministerium hat inzwischen den Verdacht geäußert, die ETA habe ihre Operationsbasis nach Portugal verlegt, um dort verdeckt arbeiten zu können. In einer ersten Stellungnahme bestätigten die portugiesischen Sicherheitsbehörden die mögliche Existenz einer geheimen Kommandobasis der ETA an der südportugiesischen Algarve-Küste. Allerdings lägen bislang keine konkreten Beweise vor. Die Nähe zu Spanien, der grenzlose Verkehr sowie die Masse zumeist spanischer Touristen wiesen auf gute Konditionen für die unauffällige Planung von ETA-Operationen hin, erklärte ein Sprecher der Sicherheitsbehörde in Lissabon.

Derweil setzen neue Berichte über Verhandlungen zwischen der spanischen Regierung und der ETA Ministerpräsident Zapatero unter immer stärkeren Druck. Nach Informationen der radikalen baskischen Tageszeitung „Gara“, die von der ETA häufig als Sprachrohr genutzt wird, sollen sich zwischen dem 14. und 16. Mai, d.h. nach dem tödlichen Anschlag auf den Madrider Flughafen Barajas im Dezember 2006, Vertreter der spanischen Regierung mit der ETA in Genf getroffen haben. Die Namen der Teilnehmer blieben unerwähnt. Nach Recherchen der Tageszeitungen ABC und El Mundo soll es sich bei dem Regierungsvertreter um Außenstaatssekretär Bernardino León



(Foto) gehandelt haben. Dieser habe angeblich mit der Terrorgruppe über die Teilnahme der linksextremen Partei ANV bei den baskischen Kommunalwahlen verhandelt, berichten die Medien.

Die Regierung dementierte diese Berichte in scharfer Form. Außenminister Miguel Ángel Moratinos erklärte auf Druck der oppositionellen Volkspartei im Parlament am vergangenen Dienstag, die Berichte seien „völlig aus der Luft gegriffen“. Es habe keine Treffen und es hätte auch keinen Kontakt in dieser Zeit zu den Terroristen gegeben, betonte der Chef von León. Der sozialistische Fraktionsvorsitzende im Parlament, Diego López Garrido, warf der PP vor, „Lügen zu verbreiten“ und bezeichnete die Berichte als „Fälschungen“. Der Fraktions-



vorsitzende der PP, Eduardo Zaplana (Foto), verlangte daraufhin von der Regierung eine „umfassende Erklärung“ zu bestehenden Kontakten mit der ETA.

Die Zunahme des politischen Drucks auf Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero durch die Medienberichte und Gerüchte über „Geheimtreffen“ und Kontakte zur ETA, drückt sich auch in den derzeitigen Umfrageergebnissen für dessen sozialistische Regierungspartei aus. Nach einer aktuellen Umfrage des Iberconsulta-Instituts im Auftrag der konservativen Tageszeitung „La Razón“ würde die PSOE in der Sonntagsfrage im Vergleich zu den Wahlen 2004 3,5 Prozentpunkte (2004: 43,2 %) verlieren. Die PP kann sich der Umfrage zufolge um 2,5 Prozent auf insgesamt 40,6 Prozent der Stimmen verbessern und läge damit erstmals seit längerer Zeit wieder vor der Regierungspartei. Auch wenn die Nationalwahlen erst in neun Monaten stattfinden, so deutet sich jetzt schon ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den beiden verfeindeten Volksparteien aus. Auch in der Frage der größten Probleme in Spanien scheint eine Trendwende eingeleitet zu sein. Nach einer Umfrage des Eurobarometers ist fast die Hälfte der Spanier (47 Prozent) der Meinung, dass der Terrorismus das größte Problem des Landes ist. Vor sechs Monaten hatten dies nur 30 Prozent der Bevölkerung erklärt.

## >> Das Baskenland versinkt im Chaos

Dreieinhalb Wochen nach den Kommunalwahlen im Baskenland konnte die Vereidigung von vielen



neu gewählten Stadt- und Gemeinderäten aus Furcht vor links-extremistischen Separatisten bisher nicht durchgeführt werden. In 31 baskischen Städten und Gemeinden wurden 71 Räte entweder daran gehindert, ihren Eid abzuleisten, oder weigerten sich, an der Zeremonie zur Amtseinführung teilzunehmen. So stürmten am Samstag vor einer Woche Mitglieder und Anhänger der radikalen Baskischen Nationalistischen Aktion (ANV), einer Partei, die unter Verdacht steht, der ETA als Frontpartei zu dienen, das Rathaus in der Kleinstadt Ondarroa in der Provinz Biskaya, um die Teilnahme von Vertretern anderer Parteien an der Amtseinführung zu verhindern. Baskische Polizeikräfte schauten lediglich zu, ohne etwas zu unternehmen. Das baskische Innenministerium verteidigte das Verhalten der Polizei mit der Begründung, eine „kriminelle Aktivität“ sei nicht feststellbar gewesen und der Bürgermeister habe keine polizeiliche Unterstützung angefordert.

Am darauf folgenden Montag wurde die Amtseinführung wiederholt, wobei die Polizei nirgends zu sichten war. Lediglich ein Stadtrat der Volkspartei konnte eingeschwo-ren werden. Die ANV erklärte daraufhin, sie werde den Stadtrat stel-

len. Schließlich seien über 2,200 leere Stimmzettel bei der Wahl abgegeben worden, die den von der Wahl ausgeschlossenen ANV-Kandidaten gegolten haben, hieß es von Seiten der ANV.

Ebenso chaotisch ging es in der Gemeinde Lizartka in der baskischen Provinz Guipúzcoa zu. Als Einzige erschien die gewählte Bürgermeisterin, Regina Otaola, von der Volkspartei zur Amtseinführung. Die anderen gewählten Mitglieder des Gemeinderates waren der Zeremonie fern geblieben, nachdem radikale Basken die gesamte Stadt mit Drohplakaten, die die Aufschrift „Alle Gemeinderäte sind Faschisten“ trugen, versehen hatten. Die neue Bürgermeisterin hat angekündigt, trotz der Drohungen ihre Arbeit aufzunehmen.

Indes hält die Gewalt im Baskenland unvermindert an. Der Straßenkrawall, „kale borroka“, gerät zunehmend außer Kontrolle. Die baskische Polizei steht der Gewalt nur noch hilflos gegenüber. So gingen in der vergangenen Woche zahlreiche Stadtbusse in Bilbao in Flammen auf.

Die Linksnationalisten der ETA-Frontpartei ANV haben unterdessen ihre Arbeit in verschiedenen Stadtverordnetenversammlungen des Baskenlandes aufgenommen. In 17 Gemeinden verfügt die Partei über eine absolute Mehrheit und wird wohl in weiteren 17 an der Regierung beteiligt sein. Insgesamt waren 77 Stadtverordnete der ANV gewählt worden. Zu tumultartigen Szenen kam es in den Gemeinden, in denen ANV-Vertreter trotz des

Verbotes ihrer Liste zur konstituierenden Sitzung des Gemeinderats erschienen. Teilweise hat die Polizei ANV-Kandidaten und Sympathisanten aus den Sälen getragen.

Das spanische Parlament beschäftigte in der vergangenen Woche erneut mit der Thematik. PP-Generalsekretär Ángel Acebes (Foto)



sprach mit Blick auf die ANV-Vertreter in den Gemeinden von einem „schweren Anschlag“ auf die Demokratie. „Das passiert in

keiner anderen europäischen Demokratie“, so Acebes. Für die sozialistische Regierung entgegnete die stellvertretende Ministerpräsidentin María Teresa Fernández de la Vega, die Exekutive garantiere lediglich die Grundrechte und -freiheiten. Sie verwies darauf, dass die Zwischenfälle im Baskenland im Vergleich zu den Wahlen 2003 deutlich zurückgegangen seien. Die PP sprach daraufhin von einer „Verharmlosung“ der chaotischen Situation im Baskenland, die die Regierung in Madrid mit verursacht habe.

Am vergangenen Mittwoch trafen



sich Regierungschef Zapatero und der baskische Regionalpräsident Juan José

Ibarretxe in der Moncloa in Madrid (Foto), um die Lage im Baskenland zu analysieren. Der „Lehendakari“, so die Bezeichnung für den baskischen Regierungschef, betonte nach dem Treffen, er habe den Friedensprozess von Zapatero stets unterstützt. Trotz des abrupten En-

des der Waffenruhe habe sich die Anstrengung um eine friedliche Lösung des Baskenproblems gelohnt, so Ibarretxe. Er werde nun auch der Regierung im Kampf gegen die ETA beistehen. Gleichzeitig kritisierte er jedoch das Verbot, das die Regierung gegen einzelne Kandidaten der ANV bei der Kommunalwahl am 27. Mai verhängt hatte. Ibarretxe sprach sich ebenso gegen eine Neuauflage des Antiterrorpakts in Spanien aus. Nach außen ist allerdings auch durchgesickert, dass der baskische Regierungschef von Zapatero als Gegenleistung für seine Unterstützung eine Änderung der Haftlingspolitik der Zentralregierung in Madrid gefordert haben soll. ETA-Gefangene sollen demnach ins Baskenland verlegt werden.

## >> **Scheidung auf Katalanisch: CiU vor der Trennung?**

In der vergangenen Woche tauchten zahlreiche Gerüchte über ein mögliches Ende des katalonischen Parteienbündnisses „Convergència i Unió“ in den Medien auf. Haupt-



streitpunkt zwischen der liberal-nationalistischen „Convergència Democràtica de Catalunya“ (CDC)

und der christdemokratischen „Unió Democràtica de Catalunya“ (UDC) ist die Strategie des Parteienbündnisses für die spätestens im März 2008 stattfindenden Parlamentswahlen.





Die CDC unter ihrem Chef Artur Mas (Foto) hofft den Berichten zufolge darauf, dass Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero nach den Wahlen zur Bildung einer neuen PSOE-Regierung auf die Stimmen von CiU angewiesen sein wird. Als Bedingung einer solchen Tolerierung könne Mas dann die katalanische Regionalpräsidentschaft für sich einfordern, berichtet die katalanische Tageszeitung „La Vanguardia“. Bei den letzten katalanischen Regionalwahlen am 1. November 2006 war CiU zwar deutlich stärkste Partei geworden, die zweitplatzierten Sozialisten (PSC) hatten sich jedoch statt einer allgemein erwarteten Zusammenarbeit mit der CiU für eine Wiederaufnahme der zuvor gescheiterten Dreiparteienkoalition aus PSC, Linksnationalisten (ERC) und katalanischen Grünen (ICV) entschieden. In einem Radiointerview ließ CiU-Chef Mas keinen Zweifel daran, dass es ihm vor allem darauf ankommt, in Katalonien zu regieren: „Das wichtigste Merkmal von CiU ist die Verteidigung der katalanischen Interessen – und dies geschieht am besten in den katalanischen Institutionen“, so Mas.

Die christdemokratische „Unió“ hingegen möchte laut „La Vanguardia“ nach der nächsten Wahl am liebsten eine feste Koalition in Madrid eingehen und von dort aus den katalanischen Interessen dienen. Die erneute Tolerierung einer Minderheitsregierung in der spanischen Hauptstadt lehnt die UDC ab. Dabei

wollen sich die katalanischen Christdemokraten nicht auf einen Koalitionspartner festlegen. Den Zuschlag für eine Koalition erhält die Partei, die bei den kommenden Parlamentswahlen die meisten Stimmen auf sich vereinigen kann. Konkret bedeutet dies, dass sich die UDC eine Koalition sowohl mit den Sozialisten als auch mit den Konservativen vorstellen kann.

UDC-Parteichef Josep Antoni Durán



i Lleida (Foto), der gleichzeitig CiU-Fraktionsvorsitzender in Madrid ist, strebt

durch eine Koalitionsbildung einen Posten im nächsten Regierungskabinett an. Dabei betont die UDC, dass es weniger um persönliche Eitelkeiten geht, als vielmehr um die Möglichkeit, der eigenen Partei durch eine Vertretung im Kabinett mehr politisches Profil zu verschaffen.

Laut „La Vanguardia“ fordert die „Unió“ nun von „Convergència“ eine Akzeptanz ihrer Bündnisstrategie für die Parlamentswahlen. Schließlich habe die UDC die Convergència-Strategie bei den letzten Regionalwahlen in Katalonien trotz heftiger Bedenken unterstützt.



Den Streit verschärfte Jordi Pujol von der CDC (Foto), langjähriger katalanischer Regionalpräsident und Gründer von CiU, als er gegenüber „Catalunya Radio“ offen über eine Trennung des seit 30 Jahren bestehenden Parteienbündnisses spekulierte. Wenn die Christdemokraten weiterhin darauf bestünden,

„alleine die Strategie zu bestimmen“, könne es „tatsächlich zu einer Situation der Trennung“ zwischen beiden Partnern kommen.

Durán i Lleida sprach sich unterdessen klar gegen eine solche Trennung aus: „Sollten CDC und UDC getrennt zu den Wahlen antreten, wäre dies großer Unsinn und ein schwerer Fehler“. Dies käme lediglich den Sozialisten zu Gute. Zwar räumte der Christdemokrat ein, die Entscheidungen über die CiU-Wahlstrategie müsste gemeinsam zwischen CDC und UDC getroffen werden, er unterstrich jedoch auch seine persönlichen Ambitionen: „Wir bilden eine gute Fraktion und ich bin ein guter Kandidat“, so Durán i Lleida.

Trotz der Auseinandersetzungen innerhalb von CiU halten es Beobachter für unwahrscheinlich, dass es in absehbarer Zeit tatsächlich zu einem Bruch kommt. Durán i Lleida und Mas wollen in den nächsten Tagen unter vier Augen nach einem Ausweg aus der Krise suchen. Der christdemokratische Abgeordnete



Josep Sánchez Llibre (Foto) hofft, dass sich der Streit in diesem Gipfelgespräch nur als „ein Sturm im Wasserglas“ erweisen wird.

## >> **Spanien erlaubt therapeutisches Klonen zu Forschungszwecken**

Das spanische Parlament hat gegen die Stimmen der Volkspartei das umstrittene „Gesetz zur Biomedizi-

nischen Forschung“ verabschiedet, welches das therapeutische Klonen zu Forschungszwecken zulässt. Das auf Initiative der sozialistischen Gesundheitsministerin Elena Salgado (Foto) verabschiedete Gesetz legalisiert „sämtliche Verfahren zur Gewinnung von Stammzellen, die nicht die Schaffung eines Embryos zum Ziel haben“. Allerdings werden hierzu spezielle Genehmigungen benötigt.



Die oppositionelle Volkspartei (PP) stimmte im Parlament gegen die Gesetzesvorlage und bezeichnete diese als „ungeeignet“ für die heutige Forschung in Spanien. Spanien ist damit das neunte Land der Welt und das vierte in der EU, welches therapeutisches Klonen ermöglicht. Eine gesellschaftliche Debatte über das Gesetz und die damit verbundene Frage nach dem bioethischen Status der Embryos *in vitro* fand jedoch nicht statt. Auch in den Medien wurde nur am Rande über die Regelung berichtet.

Im Parlament bemühte sich Gesundheitsministerin Salgado, das Gesetz weniger als politisch-ethische Grundsatzentscheidung dar-



zustellen, sondern vielmehr als notwendige Antwort auf die „neuen Forschungsperspektiven“, die aus den „letzten wissenschaftlichen Fortschritten“ entstanden seien. Es habe einer Neuregelung in wissenschaftlicher, ethischer und juristischer Dimension bedurft. Salgado erklärte, der biomedizinische Sek-

tor müsse „professionalisiert und ins Gesundheitssystem integriert werden“. Unterstützung erhielt die



Regierung auch von der Coalición Canaria (CC), die argumentierte, das Gesetz sei erforderlich, um mit den „besten Ländern, die auf diesem Gebiet arbeiten“, Schritt halten zu können.

Drei neue Institutionen sollen den biomedizinischen Prozess begleiten. Diese sind das „Komitee für Ethik in der Forschung“, die „Kommission zur Gewähr von Spenden und Gebrauch von menschlichen Zellen und Gewebe“, sowie das „Bioethik-Komitee Spaniens“. Das Gesetz regelt ferner die Einrichtung von nicht-kommerziellen Biobanken und enthält einen Antidiskriminierungsparagrafen.



Die PP kritisierte das Gesetz aufgrund der Tatsache, dass die Forschung an embryonalen Stammzellen bisher keine therapeutische Nutzbarkeit erbracht hat. Die PP erinnerte daran, dass es diese Erfolge bei der Forschung mit Erwachsenenstammzellen hingegen bereits gibt. Sie warf der Gesundheitsministerin im Parlament deshalb vor, ein Gesetz entworfen zu haben, das noch auf dem Wissensstand von 1995 basieren würde. Im Falle eines Wahlsieges im kommenden Jahr bei den Parlamentswahlen kündigte die PP bereits jetzt an, „die Fehler des Gesetzes“ „beheben“ zu wollen.

## >> **Saudischer König unterstützt „Allianz der Zivilisationen“**



Abdullah bin Abdul-Aziz, König von Saudi Arabien, lobte bei seinem ersten offiziellen Besuch in Spanien Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero für dessen Initiative einer „Allianz der Zivilisationen“. „Wir finden die Idee sehr konstruktiv und bieten unsere Unterstützung an“, erklärte der saudische König gegenüber der Tageszeitung „El País“. Im Rahmen der von Zapatero 2004 angestoßenen Allianz sollen nicht-militärische Wege zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus gefunden und die Beziehungen zwischen der westlichen Welt und arabischen und muslimischen Ländern vertieft werden. Ein wichtiges Thema beim Treffen von Zapatero und Abdullah am Mittwoch im Regierungssitz *La Moncloa* war der Kampf gegen den Terrorismus. Beide Seiten sprachen von einer „fruchtbaren Zusammenarbeit“ bei der Terrorbekämpfung, obwohl die Finanzierung von islamistischen Aktivitäten in Spanien aus saudischen Mitteln immer wieder Gegenstand polizeilicher Ermittlungen ist. König Abdullah würdigte, dass in Spanien Terrorismus und Islam nicht gleichgesetzt werden würde. König Abdullah erklärte auch, er hege „große Hoffnungen, dass Spanien positiv zur Wiederbelebung des Friedensprozesses im Nahen Osten beitra-

gen wird“, da Spaniens Position in dieser Hinsicht „immer ehrlich gewesen“ sei.

Zuvor war Abdullah vom spanischen König Juan Carlos I. empfangen worden.



Die beiden Monarchen gaben dabei den Startschuss zu einem spanisch-saudischem Investmentfond mit einer Kapitaldeckung von mehr als 4 Mrd. Euro. Der Fond soll Infrastrukturmaßnahmen im Nahen Osten und Nordafrika finanzieren. Zwar wird er mehrheitlich aus saudischen Mitteln gedeckt, aber auch mehrere spanische Unternehmen wollen sich an ihm beteiligen. So soll zu einer Diversifizierung der bisher hauptsächlich auf Öl basierenden bilateralen Wirtschaftsbeziehungen beigetragen werden.

Für Proteste sorgte die Auszeichnung König Abdullahs mit dem „Toisón de Oro“, das Halsband des erlauchten Ordens vom Goldenen Vlies, Spaniens höchste Ehrung. Die kommunistische Vereinigte Linke (IU), die von zahlreichen Menschenrechtsorganisationen unterstützt wurde, nannte die Verleihung wegen der gravierenden Menschenrechtsverletzung in dem arabischen Land eine „Beleidigung für alle Demokraten“.

## >> EP kritisiert städtebauliche Exzesse in Spanien

Das Europäische Parlament hat am Donnerstag mit 327 zu 222 Stimmen eine Resolution verabschiedet, die mit scharfen Worten städteplanerische Fehlentwicklungen in verschiedenen spanischen Regionen kritisiert. In dem von Sozialisten, Liberalen, Grünen und Linken unterstützten Dokument werden Projekte angeprangert, „die nicht auf die Bedürfnisse der Bürger und der betroffenen Gemeinden Rücksicht nehmen, ökologisch nicht nachhaltig sind und eine zerstörerische Wirkung auf die historische und kulturelle Identität“ der Regionen haben. Das Europäische Parlament, so heißt es weiter, „verurteilt die städtebaulichen Megaprojekte aufs Schärfste und protestiert gegen sie“. Die spanische Umweltministerin Cristina Narbona begrüßte die Resolution. Immer mehr Bürger wünschten sich eine gemäßigte und vernünftige Stadtplanung.

Die oppositionelle Volkspartei sieht in ihr hingegen eine „beispiellose“ Einmischung des Europäischen Parlamentes in die inneren Angelegenheiten Spaniens. Die Resolution sei ein Versuch, „die Entscheidungen der Regionalparlamente und des spanischen Parlamentes“ außer Kraft zu setzen. Zudem wurde Kritik daran geäußert, dass sich der im EU-Parlament verabschiedete Text lediglich auf von der PP regierte Regionen wie Madrid, Murcia oder die Comunidad Valencia beziehe, jedoch Megaprojekte in von der PSOE regierten Gebieten wie der Stadt Marbella oder in Toledo außer Acht lasse.



## >> CC will mit PP auf den Kanaren weiterregieren

Nur eine Stunde brauchten die Vertreter der Volkspartei (PP) und der nationalistischen Coalición Canaria (CC) am vergangenen Montag, um den Weg zu einer Koalitionsregierung auf den Kanaren zu ebnet. Nach den Regionalwahlen vom 27. Mai stellen beide Parteien zusammen 33 der 60 Abgeordneten im kanarischen Regionalparlament. Es wird erwartet, dass der CC- Vorsitzende Paulino Rivero (Foto) das



Amt des Regierungschefs übernimmt und die PP die Rolle der Vizepräsidentschaft zufällt. Ob PP-Spitzenkandidat José Manuel Soria

selbst für diesen Posten zur Verfügung steht oder aber das Wirtschaftsressort leiten wird, ist hingegen unsicher. Bisher weigern sich beide Parteien, über Personalien zu sprechen. Zunächst wolle man sich auf ein gemeinsames politisches Programm einigen, erklärte der Sprecher der Nationalisten, José Miguel Barragán. Er hoffe, einen Regierungspakt in der nächsten Woche abzuschließen zu können. Im Mittelpunkt der Koalitionsverhandlungen sollen der andauernde Immigrationsstrom sowie die Frage nach dem Status der Kanaren als Region in Spanien stehen. Gerade bei letzterem Thema besteht Diskussionsbedarf, da die Volkspartei in Madrid bisher mit Vorsicht auf die Bestrebungen der CC reagiert, das Regionalstatut des Archipels zu reformieren. Rivero

zeigte sich jedoch zuversichtlich, dass die PP in Madrid den Text nicht blockieren werde.

Zuvor waren Koalitionsverhandlungen zwischen CC und PSOE nach zweiwöchigen Gesprächen gescheitert. Die CC, vor allem Rivero selbst, hatte sich nicht mit der Person des PSOE-Spitzenkandidaten



Juan Fernando López Aguilar (Foto) arrangieren können, dessen Partei bei den Wahlen mit 26 Sitzen im Regionalparlament

deutlich stärkste Kraft geworden war. Die Nationalisten warfen dem ehemaligen Justizminister der Zapatero-Regierung „Beleidigungen und Aggressionen“ gegenüber der CC während des Wahlkampfes vor und forderten eine Entschuldigung. Ohne eine solche sei eine vertrauensvolle Zusammenarbeit unmöglich. Die PSOE wies die Kritik der CC als „lächerlich“ zurück. Für den charismatischen Sozialisten López Aguilar bedeutet das Scheitern einer Koalitionsbildung mit der CC zwar eine politische Niederlage, doch seine Ambitionen liegen eher auf nationaler Ebene. Es wird allgemein damit gerechnet, dass der Politiker, der seinen Ministerposten in Madrid widerwillig und nur auf „Befehl“ von Regierungschef Zapatero aufgegeben hatte, über kurz oder lang den Weg erneut in die spanische Hauptstadt findet, um dort höhere Aufgaben zu übernehmen. Manche politische Beobachter schließen nicht aus, dass er die Nachfolge von Ministerpräsident Zapatero anstrebt.

## >> Portugal: Kaum noch Hoffnung bei PSD auf Reform des Wahlrechts

Im Streit um eine Reform des portugiesischen Wahlrechts zeichnet sich vorerst keine Einigung zwischen den regierenden Sozialisten und der konservativen PSD ab. Bevor seine Partei ihren diesbezüglichen Vorschlag in das Parlament



einbrachte, erklärte der PSD-Fraktionsvorsitzende Luis Marques Guedes (Foto), er habe „die Hoffnung auf eine Einigung bereits verloren“.

Wichtigste Inhalte des Reformvorschlags sind eine Verkleinerung der „Assembleia da República“ von 230 auf 181 Abgeordnete und eine Neuzuschneidung der Wahlkreise. Diese sollen dann jeweils einen Abgeordneten direkt ins Parlament wählen. Bisher bestimmen die verschiedenen Wahlkreise je nach ihrer Größe unterschiedlich viele Parlamentarier. Von der Reform ausgeschlossen bleiben sollen die Autonomen Regionen Azoren und Madeira sowie die Auslandsgebiete. Nach dem Reformvorschlag sollen zudem insgesamt 70 Parlamentsmandate über nationale Listenwahl vergeben werden. Die PSD erklärte, Hauptgrund für die angestrebte Reform sei die Notwendigkeit einer „Annäherung zwischen Gewählten und Wählern“ und einer Erhöhung der „direkten Verantwortung“ der Parlamentarier ihren Wählern gegenüber.

Der sozialistische Fraktionsvorsitzende Alberto Martins kritisierte den PSD-Vorschlag und sagte, er verwirre nur noch mehr, statt zu einer größeren Transparenz beizutragen. Martins kritisierte, der Vorschlag bevorteile die großen Industriezentren an der Küste, während er im Inland eine „politische Wüstenbildung“ zur Folge hätte. Die angestrebte Verkleinerung des Parlamentes hält der PS-Politiker für „drastisch“. Weniger Abgeordnete tragen seiner Meinung nach nicht zu einer Annäherung zwischen Parlamentariern und Wählern bei. Martins kündigte für die nächste Legislaturperiode einen eigenen Reformvorschlag der sozialistischen Partei an.

Für eine Wahlrechtsreform werden die Stimmen von zwei Dritteln der portugiesischen Abgeordneten benötigt. Das macht in der politischen Praxis einen Pakt zwischen den beiden großen Volksparteien nötig.

### Impressum:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.  
Auslandsbüro Madrid  
V.i.S.d.P: Michael Däumer  
Redaktion: Michael Däumer/  
Sebastian Grundberger/ Adriaan  
Kühn/ Joscha Schmitz  
Design: Normann Kreuter  
Plaza de Castilla, 3, 16-D 2  
28046 Madrid, Spanien  
Tel: (+34) 91 579 61 86  
Fax: (+34) 91 571 86 12  
Email: [info@fka-madrid.org](mailto:info@fka-madrid.org)  
Web: [www.kas.de/espana](http://www.kas.de/espana)